

Bundesrat warnt vor Russland

Verein WIR verlangt Offenlegung der Grundlagen

Die sicherheitspolitische Lagebeurteilung des Bundesrates zeichnet ein deutlich verschärftes Bedrohungsszenario für Europa und die Schweiz. Russland wird darin als zentrale Gefahr für Sicherheit und Stabilität bezeichnet.

Der Schweizerische Verein WIR hat deshalb ein formelles Gesuch nach Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) eingereicht. Ziel ist die Offenlegung jener Analysen, Quellen und Grundlagen, auf welche sich die Einschätzungen des Bundesrates konkret stützen.

Im Zentrum stehen dabei Fragen zur Unterscheidung zwischen militärischen Fähigkeiten und tatsächlichen Angriffsabsichten sowie zur Herkunft der verwendeten Lageanalysen.



Schweizer Sicherheitslage «erheblich» verschlechtert

Der Bundesrat warnt vor einer deutlich verschlechterten Sicherheitslage in der Schweiz. Gründe dafür sind unter anderem russische Spionage, Terrorgefahr sowie die Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten.



Russische Soldaten an einer Militärparade: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine prägt laut dem Bundesrat weiterhin die Sicherheitslage in Europa und der Schweiz. Fotos: Keystone

Von: Christian Oesch, Präsident Schweizerischer Verein WIR

[mailto:christian.oesch@vereinwir.ch]

Gesendet: Dienstag, 12. Mai 2026 19:48

- An: Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS / c/o Bundesrat Pfister
Generalsekretariat – Öffentlichkeitsprinzip / BGÖ
- CC: Nachrichtendienst des Bundes NDB
Gesamtbundesrat
- Bcc: Höhere Stabsoffiziere (HSO) / Chefredaktoren

Betreff: BGÖ-Gesuch betreffend Grundlagen der Bedrohungsbeurteilung Russlands im Bericht «Jährliche Beurteilung der Bedrohungslage 2026»

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf das Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ) ersuche ich um Einsicht in bzw. Herausgabe der Grundlagen, Analysen und Quellen, auf welche sich die im Bericht des Bundesrates «Jährliche Beurteilung der Bedrohungslage 2026» enthaltenen Einschätzungen zur Russischen Föderation stützen.

Insbesondere betrifft dies folgende Aussagen:

«Russlands strategische Ziele und Absichten gehen weit über die Ukraine hinaus.»

«Russland bleibt die grösste Bedrohung für Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa.»

«Russland richtet seine Wirtschaft und seine Streitkräfte auf eine militärische Konfrontation aus.»

«In den nächsten Jahren steigt deshalb das Risiko eines Verwundbarkeitsfensters für Europa.»

Ich ersuche insbesondere um Herausgabe bzw. Offenlegung von:

1. den zugrunde liegenden Primärquellen russischer Herkunft (z. B. offizielle Regierungsdokumente, Militärdoktrinen, Reden, Interviews, Strategie- oder Sicherheitsdokumente);
2. internen oder externen Analysen, welche die Einschätzung stützen, Russland

Wie begründet der Bundesrat die russische Bedrohungslage?

könne über die Ukraine hinausgehende militärische Ziele gegenüber Europa verfolgen;

3. der Methodik zur Unterscheidung zwischen militärischen Fähigkeiten («capabilities») und tatsächlichen Angriffsabsichten («intentions»);

4. Unterlagen, aus denen hervorgeht, in welchem Umfang sich die Einschätzungen auf:

- eigene Analysen schweizerischer Stellen,
- NATO-/EU-Analysen,
- Partnerdienste,
- wissenschaftliche Institute oder Thinktanks,
- oder andere Drittquellen stützen;

5. Dokumenten oder Lagebeurteilungen, welche die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs auf NATO-/EU-Staaten bewerten.

Der Hintergrund des Gesuchs liegt darin, dass führende Vertreter der Russischen Föderation, darunter Präsident Wladimir Putin, öffentlich wiederholt erklärt haben, Russland habe kein Interesse an einem Angriff auf europäische Staaten oder die NATO.

Beispielsweise erklärte Präsident Putin am 17. Dezember 2023 gegenüber internationalen Medien:

«Russia has no reason, no interest, neither geopolitical, economic, political nor military, to fight with NATO countries.»

Im März 2024 erklärte Präsident Putin zudem:

«We have no aggressive intentions towards Poland, the Baltic States or the Czech, that is complete nonsense.»

Im November 2025 erklärte Präsident Putin laut internationalen Medienberichten ferner, Russland sei bereit, Europa «schriftlich zu garantieren», Europa nicht anzugreifen.

Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an Transparenz bezüglich der tatsächlichen Grundlagen der sicherheitspolitischen Bedrohungsbeurteilung des Bundesrates sowie der Frage, wie öffentliche Aussagen russischer Entscheidungsträger in die schweizerische Lageanalyse einbezogen und

Wie begründet der Bundesrat die russische Bedrohungslage?

bewertet wurden.

Ich ersuche um elektronische Zustellung der Unterlagen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Oesch

Präsident – Schweizerischer Verein WIR